



INITIATIVEN FÜR BREMEN

Pressemitteilung

Volksbegehren „Für unser lebenswertes Bremen“. Unterschriften zur Prüfung abgegeben. Baudeputation will trotz rückwärtigen Vertrauensschutzes Änderung des FNP beschließen.

Heute wurden 5400 Unterschriften für den Antrag auf das Volksbegehren von den Initiativen für Bremen beim Stadtamt zur Prüfung abgegeben.

Am Donnerstag, dem 4. 12. 2014, soll die Baudeputation über die Änderungen zum FNP entscheiden. Davon wären auch Flächen, die im Volksentscheid vor Bebauung geschützt werden sollen, betroffen.

Laut dem Bundesverfassungsgericht besteht für dieses Volksbegehren ein „Rückwirkender Vertrauensschutz“. Sollte es also zu einem im Sinne der Initiativen positiven Volksentscheid kommen, wären alle Beschlüsse zum FNP, die diese Flächen betreffen und gegen das angestrebte Gesetz verstoßen, hinfällig.

Darüber haben wir die Deputation heute - wie schon im Oktober bei der Beschlussfassung über die Planungskosten für die sogenannte „Gartenstadt Werdersee“ - in einem offenen Brief informiert.

In der Anlage finden Sie das angestrebte Gesetz, einen Plan der Flächen, die Begründung zum Volksentscheid und den offenen Brief an die Baudeputation.

Mit freundlichen Grüßen

Initiativen für Bremen

V.i.S.d.P.

Olaf Dinné, Weg zum Krähenberg 57, 28201 Bremen, Telefon 0421- 551426, olafdinne@macbay.de
Gerhard Bomhoff, Teerhof 51, 28199 Bremen, Tel. 0421-5980246, 01724540401, bom.g@arcor.de
Olaf Brandtstaedter, Buddestraße 8/10, 28215 Bremen, Tel. 0421-3761142, bra@uni-bremen.de